

OST

Unabhängig, überparteilich und gemäß dem oben angeführten Qualitätsbericht diese Zeitung über alle demokratie-demokratischen Oppositionsgruppen des Ostblocks.
OSTNACHRICHTEN erscheint zweimal monatlich.

A	6S	15,-	I	Lit	1600
D	DM	2,20	GB	p	75
CH	sfr	2,20	F	Ffr	7,-
NL	hfl	2,50	USA	US\$	1,50
DK	dkr	8,-	AUS	A-\$	1,50
S	skr	8,-	SA	R	1,20

NACHRICHTEN

Informationen und Analysen aus der Sowjetunion und Osteuropa

Herausgeber, Eigentümer und Verleger:
Forschungsinstitut für Sowjetische Gegenwart e.V.
Lucille Crahn Str. 41, D-8000 München

2. JAHRGANG NR: 7
25. MAI 1983

Redaktion und Versand:
Hadikgasse 22/174, A-1140 Wien
Tel.: 82 67 774

Liebe Leserinnen und Leser,

Beinahe ein Jahr ist es her, (13. Juni 1982), dass die erste Ausgabe dieser Zeitung erschien.

Heute nun, mit dieser Nummer, dürfen wir mit Freude verkünden, dass wir einen deutlichen Schritt nach vorne machen konnten, hin zu einer Weiterentwicklung unserer Aufgabe, eine Zeitung zu machen über Osteuropa und die Sowjetunion aus der Sicht demokratisch-pluralistisch gesinnter Menschen, die aus dem genannten Bereich stammen und die nach den politischen Erfahrungen der jüngsten und älteren Vergangenheit wissen, dass eine Zusammenarbeit untereinander gerade auch auf publizistischem Gebiet, heute aktueller und notwendiger denn je ist.

Wie sieht diese Weiterentwicklung praktisch aus?

1. Wie Sie sehen, haben wir den Titel geändert von OSTEUROPA-NACHRICHTEN auf OST-NACHRICHTEN. Damit tragen wir einer redaktionskonzeptionellen Weiterentwicklung Rechnung in dem wir den geographischen Berichtserstattungsrahmen sozusagen offiziell erweitern. Der Begriff Osteuropa war uns zu eng geworden, da wir ja die ganze Sowjetunion sowie ihre internationalen Verflechtungen einschließen.

2. Um die wissenschaftliche Grundlage der Zeitung zu stärken, haben wir einen neuen Verleger und Herausgeber bekommen, das Forschungsinstitut für Sowjetische Gegenwart in München. Leiter dieses Instituts ist Prof. DDR. Michail Voslensky; Autor des Buches "Nomenklatura - Die herrschende Klasse in der Sowjetunion". Die Forschungsergebnisse dieses Instituts werden in OST-NACHRICHTEN ihren publizistischen Niederschlag finden. Darüber hinaus wird es uns möglich sein, noch stärker als bisher im größten deutschsprachigen Raum, der Bundesrepublik Deutschland, vertreten zu sein. Selbstverständlich bleibt die Redaktion wie ehedem in Wien, ebenso der Vertrieb. Wir hoffen sehr, dass Sie weiterhin ein treuer Leser unserer Publikation bleiben.

Die Redaktion

ON-GEPRÄCH MIT SERGEJ BATORWIN ÜBER DIE UNABHÄNGIGE FRIEDENS- BEWEGUNG IN DER SOWJETUNION

"Es ist nicht nur notwendig, gegen Nuklearwaffen zu demonstrieren, sondern man muss gleichzeitig positive Schritte unternehmen, um das Wesen der Beziehungen zwischen Ost und West zu ändern".

Sergej Batorwin (26), Kunstmaler und Mitglied der "Unabhängigen Friedensgruppe zur Bildung von Vertrauen zwischen den USA und der UdSSR", sprach sich für eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Völkern aus, um richtige Vertrauensgrundlagen zu schaffen, auf der auch Abrüstungsgespräche zwischen den beiden Supermächten zu einem sichtbaren Ergebnis führen könnten.

Batorwin wurde am 19. Mai aus der Sowjetunion ausgewiesen und kam mit seiner Frau, seiner 14 Monate alten Tochter und seiner Mutter nach Wien von wo er in die Vereinigten Staaten weiterreisen wird. In einem Gespräch mit OST-Nachrichten erläuterte der Dissident die Situation seiner Gruppe, sprach über Ziele und Vorstellungen der praktischen Arbeit und über die Schwierigkeiten, mit denen sich die unabhängige Friedensbewegung in der Sowjetunion konfrontiert sieht.

Die unabhängige Friedensbewegung wurde vor mehr als einem Jahr ins Leben gerufen. Ein 16-köpfiges Komitee in Moskau koordiniert die Aktivitäten der unterstützenden Mitglieder. Solche Koordinationskomitees gibt es ausserdem noch in Leningrad, Odessa, und Novosibirsk. Die Zahl der unterstützenden Mitglieder lässt sich nicht genau feststellen. Batorwin erklärte, dass bis September vergangenen Jahres etwa 900 Personen eine Erklärung der Bewegung unterzeichnet hätten. Da sich bis zu diesem Zeitpunkt die Rücksendung der Unterschriftenlisten äusserst schwierig gestaltete und die Unterzeichner immer mehr den Schikanen des KGB ausgesetzt waren, stellte die Gruppe die Unterschriftenaktion ein. In Moskau sind jedoch etwa 60 Personen aktiv an den Aktionen der Friedensbewegung beteiligt; in 12 weiteren Städten gibt es Helfer, die Flugblätter vielfältigen, verteilen und ähnliche Aktionen unterstützen.

Ausserdem unterhält die unabhängige sowjetische Friedensbewegung eine Friedensforschungsgruppe und veranstaltet wissenschaftliche Seminare, an denen Professoren und Akademiker teilnehmen,

um so auch eine theoretische Grundlage für den Friedensprozess zu erarbeiten. Die Seminare finden in 4 verschiedenen Städten statt.

Batorwin vertritt die Meinung, dass durch praxisnahe, oft nur symbolische Schritte, eine Verbesserung des politischen Klimas erreicht werden könnte. "Ein symbolischer Schritt könnte die Gespräche vorantreiben: Schritte, die nicht unbedingt etwas mit Abrüstung selbst zu tun haben müssen, die aber die Gesprächsbereitschaft fördern, und von den einfachen Bürgern auch als vertrauensbildend verstanden werden können. Dazu schlägt Batorwin z.B. vor, dass jedes Land aus seinem Rüstungsbudget einen bestimmten Betrag zur Verfügung stellt, um ein humanitäres Problem, wie etwa Malaria, zu bekämpfen, und um diesen Betrag weniger zu rüsten.

Die Friedensbewegung hat zu Beginn ihrer Aktivitäten Interessenten um Vorschläge gebeten, was sie als vertrauensbildende Massnahme betrachteten. 80 dieser Vorschläge wurden in eine Liste zusammengefasst. Sie betreffen stets praktische Vorschläge, die das Verständnis der beiden Supermächte unter deren Bürgern verbessern sollten. So wurde zum Beispiel die Errichtung eines internationalen Büros für Kontakte zwischen den Völkern, gemeinsame Fernsehprogramme, in denen Wissenschaftler oder Politiker die Probleme der beiden Staaten erläutern und diskutieren, oder die Errichtung von Krankenhäusern, in denen Ärzte aus beiden Staaten zusammenarbeiten, vorgeschlagen.

"In einer Atmosphäre, in der beide Seiten nur zeigen wollen, wie mächtig sie sind, können keine Schritte in Richtung Abrüstung gemacht werden. Daher muss man diese Atmosphäre ändern," meint Batorwin.

"Menschen denken bei Detente nicht an eine formelle Entspannung auf politischer oder wirtschaftlicher Ebene, sondern an Massnahmen, die die Herzen des einfachen Bürgers berühren, ..., welche Fenster in den Eisernen Vorhang machen." Trotz der vielen Schwierigkeiten, die die unabhängige Friedensbewegung zu erdulden hat, ist Batorwin zuversichtlich, dass diese Bemühungen letzten Endes

International:

Forts. v. S. 1

zum Erfolg führen werden. "Die ersten Schritte sind die wichtigsten, denn dann werden die, die immer dachten, man könne nichts tun, auch zum Handeln bewegt werden", sagte Batowrin.

Allein durch die Existenz der unabhängigen Friedensbewegung, und deren Verfolgung durch den KGB, würden die Leute erkennen, dass etwas nicht stimmen könne und dass die offiziellen Friedenskomitees keine neutrale Linie vertreten. "Die sowjetische offizielle Friedensorganisation arbeitet im Namen der Sowjetbürger, aber ich glaube dass wir als Weltbürger, einfach als Menschen für den Frieden arbeiten müssen", meinte Batowrin. Batowrin wird mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten reisen, wo er seine Arbeit der Vertrauensbildung zwischen den USA und der Sowjetunion fortsetzen will.

NEUE SOWJETISCHE SELBSTFAHRKANONE ERKANNT

Atomare Feuerfähigkeit unbestritten

Neben den neuen Panzer T-80, taktischen Raketen wie SS-21 und SS-23, einen 220-Millimeter-Mehrfachraketenwerfer, atomfähigen 240-Millimeter-Mörsern und 203-Millimeter Geschützen auf Selbstfahrlafetten haben die Sowjets nach amerikanischen Erkenntnissen damit begonnen, ihren in den europäischen Satellitenstaaten stationierte Heeresgruppen eine neue 152-Millimeter-Langrohrkanone zuzuführen.

Das in der neuen Ausgabe von "Soviet Military Power" mit einem Foto belegte neue Waffensystem hat bei westlichen Beobachtern schon deswegen Überraschung hervorgerufen, weil die Sowjets seit 1973 eine gleichkalibrige Selbstfahrlafette produziere.

Beide Waffensysteme sind offensichtlich auf dem gleichen Kettenfahrzeug mit sechs Laufrädern untergebracht. Während die Haubitze in einem Drehturm ruht, lagert die erstmals 1978 erkannte Kanone in einer Art Scheitellafette fast am Heck des etwa 25 Tonnen schweren Fahrzeugs. Die Rohrlänge ist mit ungefähr 50 Kalibern nicht ungewöhnlich gross. Kein Zweifel besteht daran, dass diese Selbstfahrlafette atomare - und chemische Munition verschossen kann.

Mit dem neuen Geschütz, dessen offizielle Bezeichnung im Westen noch nicht veröffentlicht ist, hat der Warschauer Pakt in den letzten Jahren sechs mobile Rohrartilleriesysteme in die Truppe gebracht. Ausser den vier erwähnten handelt es sich um die 122-Millimeter-Selbstfahrlafette sowie die tschechoslowakische 152-Millimeter-Haubitze auf einem acht-rädigen "Tatra 813"-Chassis. Hintergrund dieser aufwendigen Rüstung ist die Vermehrung der Artillerie bei den Divisionen der 1. strategischen Staffel. Manche westliche Beobachter meinen, dass die Sowjets die Brigadegliederung der Bundeswehr nachahmen und sich so zum Führen des Gefechts der verbundenen Waffen geeignete Verbände schaffen.

SOWJETS STELLEN SICH AUF NEUE US-RAKETEN EIN

12.000 Abwehrgeschosse auf einen Schlag

Die Sowjets sind dabei, die von ihnen gesehene Bedrohung durch die Aufstellung amerikanischer "Pershing-II"-Raketen und "Cruise Missiles" in Westeuropa durch Einsatz neuentwickelter Abwehrsysteme zu neutralisieren. Die Auswertung aller vorliegenden Informationen hat im amerikanischen Verteidigungsministerium zu der Auffassung geführt, dass nach erfolgreichen Tests gegen Mittelstreckenraketen jetzt produktionsreife neue "Sam-12"-System, könne zunächst den Raum Moskau ausser gegen "Pershing", auch gegen die auf Unterwasserschiffen untergebrachten "Poseidon"-Raketen decken. Wenn die mobilen "Sam-12" auch zum Schutz der sowjetischen Basen für Interkontinentalraketen aufgestellt würden, seien die strategischen Silos für die Amerikaner kaum noch zu bekämpfen.

Für die Abwehr der auch als Marschflugkörper bekannten tieffliegenden "Cruise Missiles" wurde das System "Sam-10" entwickelt und schon seit 1980 im Raum

Moskau in Stellung gebracht. Neuerdings ist es auch in Syrien erkannt worden.

Das neue sowjetische Raketenabwehrnetz fusst auf einem hochmodernen eigenen Radarsystem mit Antennen von der Grösse eines zweigeschossigen Hauses. Eine Ausgabe von "Soviet Military Power" veröffentlichte im März erstmals eine Zeichnung einer solchen Station. Fünf derartige Ortungszentralen wurden bisher erkannt: Ljaki, nördlich von Moskau, Olenegorsk, Petschora und Sari Schagan. Obwohl der Kreml seine bei Moskau aufgestellten Antiraketen "Sam-16" um die Hälfte reduziert hat, verfügt das Land zur Zeit mit 1.200 Abwehrstellungen und 9.400 Rampen, die in einer Salve "über 12.000 Raketen starten können" über "das grösste Luftverteidigungssystem der Welt". Bei seiner ersten Installation in den Jahren 1965 bis 1975 habe die Sowjetunion in Dollar umgerechnet dafür viermal soviel ausgegeben, wie die USA für vergleichbare Anlagen.

BAHNHÖFE FÜR SS-20-STELLUNGEN

Sowjets verbessern Beweglichkeit ihrer eurostrategischen Atomraketen

Die Sowjets vermehren nicht nur uneindrückt von allen westlichen Protesten und Vorschlägen weiterhin die Zahl ihrer eurostrategischen SS-20-Raketen, sie steigern gleichzeitig auch die Beweglichkeit dieser ohnehin schon mobilen Atomstartrampen. Von informierter Seite war zu erfahren, dass bereits bei mehreren sogenannten Startfeldern neuerlegte Eisenbahnanschlüsse erkannt worden sind. Mit dieser Massnahme wollten die Sowjets ihre umstrittene Waffe gegen einen westlichen Gegenschlag mehr oder weniger immun machen, meinen militärpolitische Beobachter.

Nach neusten Erkenntnissen, die auch im Bonner Bundesverteidigungsministerium bekannt sind, bestehen zur Zeit 27 direkt gegen Westeuropa gerichtete Startfelder, jedes mit neun Startrampen. Davon liegen zwei im Militärbezirk Karpaten (eins noch nicht ganz fertig), 13 im Militär-

bezirk Weissrussland, zwei im Militärbezirk Ukraine sowie zehn im Militärbezirk Ural, davon je fünf westlich und östlich dieser Gebirgsscheide zwischen Europa und Asien. Diese 243 Raketen besitzen 729 programmierte Kernsprengköpfe.

Aber auch die sechs Startfelder um Nowosibirsk mit 54 Raketen (162 Sprengköpfe) reichen noch bis Europa. Für jedes Startfeld ist ein Raketenregiment zuständig. Nach der sowjetischen Gliederung bilden fünf solcher Regimenter eine Raketen-division.

Westliche Analysen besagen, dass die Sowjets "mindestens" elf SS-20-Divisionen aufgestellt haben. Das bedeutet 495 Rampen mit einer Sofortschlagkapazität von 1.485 punktgenauen Kernsprengköpfen. Da das System nachladefähig ist - westliche Beobachter rechnen mit bis zu drei Reserveraketen - erhöht sich das sowjetische Bedrohungspotential entsprechend.

MOSKAU DOKUMENTIERT BASTIAN-ENTWICKLUNG

Als Verneiner sowjetischer Hochrüstung herausgestellt

Die in Herford erscheinende Monatszeitschrift "Europäische Wehrkunde" hat in ihrer jüngsten Ausgabe einen Beitrag der Moskauer Wochenzeitschrift "Literaturnaja Gassetta" über den inzwischen als Abgeordneten der "Grünen" in den Bundestag eingezogenen ehemaligen Bundeswehrgeneral Gerd Bastian veröffentlicht. Der über drei Din-A-4-Seiten lange Artikel, der drei Wochen vor der Bundestagswahl vom 6. März in der Sowjetunion erschienen ist, blieb in der Bundesrepublik Deutschland damals fast unbeachtet.

Die sowjetische Zeitung, die über enge Kontakte zum sowjetischen Geheimdienst KGB verfügt, betonte ausführlich, dass Bastian bereits als aktiver General westliche Beurteilungen des sowjetischen Rüstungsstandes als "übertrieben" beurteilt

habe. Auch alle diejenigen, "die Ängst vor den (zumeist auf Westeuropa gerichteten) sowjetischen SS-20-Raketen schüren" seien nach Meinung des 1980 pensionierten ehemaligen Panzergenerals letztlich eine Gefährdung des Friedens in Europa.

Der sowjetische Autor Wladimir Lomejko zählte Bastian "zu denen, die man nicht so schnell aus dem Sattel heben könnte". Er machte aber auch die politische Hintergrundbasis klar: SPD und vor allem Jungsozialisten (Jusos). "Als Willy Brandt Bundeskanzler wurde, freute ich mich", zitierte die "Literaturnaja Gassetta" das langjährige CSU-Mitglied Bastian. Und: die Teilnahme am Juso-Kongress in Bad Mergentheim am 9. März 1979 sei dann entscheidend gewesen. Das DDR Fernsehen habe inzwischen über Bastian einen Dokumentarfilm gedreht.

WACHSENDE SPANNUNG ZWISCHEN HANOI UND MOSKAU

Vietnamesen dürfen sowjetische Stützpunkte nicht betreten

Die Zeichen für eine anwachsende politische Spannung zwischen Hanoi und Moskau, die seit der Aufnahme der chinesisch-sowjetischen "Normalisierungsverhandlungen" zu verzeichnen sind, mehren sich. Im Zuge dieser Entwicklung sind die Sowjets dazu übergegangen, ihre Stützpunkte in Vietnam und Kambodscha selbst zu bewachen und den Vietnamesen den Zutritt auf das Gelände dieser Stützpunkte zu verwehren. Das hat der Vorsitzende des nationalen Sicherheitsrates von Thailand, **Prasong Soonsiri**, in einem Gespräch mit dem amerikanischen Informationsdienst "**Free Press International**" mit Berufung auf Erkenntnisse des thailändischen Nachrichtendienstes erklärt.

Den Aussagen von Prasong zufolge stehen die kambodschanischen Militärhäfen in der Bucht von Cam Rahn und der grosse Militärflughafen von Danang unter unmittelbarem Schutz sowjetischer Einheiten. Auch vietnamesische Militärs haben zu dem Gelände der Stützpunkte keinen Zugang.

Sowohl die Sowjetunion als auch das vietnamesische Aussenministerium haben wiederholt unterstrichen, die Sowjets hätten nur "Zugang" zu diesen Stützpunkten. Tatsächlich operieren aber die Sowjets hier allein und unumschränkt wie in ihren Heimathäfen. Die Vietnamesen

werden über die Bewegungen der sowjetischen Kriegsschiffe nicht mehr informiert.

Cam Rahn ist noch zu Zeiten des Vietnam-Krieges von der US-Flotte ausgebaut worden. Die Sowjets haben der vorhandenen Hafenausrüstung einen U-Boot-Pier hinzugefügt und Sam-Luftabwehrraketensstellungen ausgebaut. Nach Schätzungen von Experten befinden sich in Vietnam 7.000 bis 8.000 Mann sowjetisches Militärpersonal. In Kambodscha sollen es 3.000 bis 3.500 sein, in Laos 1.500.

"Alles was innerhalb des Hafensperrgebietes von **Kompong Som** geschieht, wird von den Sowjets gehandhabt", erklärte Prasong weiter, "Vietnamesen und Kambodschaner bleiben ausserhalb des Geländes."

Hanoi jetzt gesonnen, auch allein mit Asean zu verhandeln

Die Tatsache, dass es zwischen Hanoi und Moskau politische Unstimmigkeiten gibt, wird auch dadurch belegt, dass die Sowjets in den letzten Wochen Laos und Kambodscha ohne vorherige Konsultationen mit Hanoi direkte Hilfeleistungen zugesagt hat. Dies geschah, obwohl die Gipfelkonferenz der drei Indochina-Staaten im Februar in der laotischen Hauptstadt **Vientiane** offen die Absicht eines Zu-

sammengehens - in Form einer Föderation oder gar der Souveränitätsaufgabe - verkündet hatte.

Eine Änderung der politischen Haltung Hanois zeichnet sich auch in den Beziehungen zu den Staaten ab, die Mitglieder des Aseanpaktes sind, (Association of South-East Asian Nations, Verband Südostasiatischer Nationen). Die Asean-Staaten haben mehrfach zugesagt, Gespräche mit Hanoi zwecks Regelung der Kambodschafrage aufzunehmen. Hanoi hat jedoch immer wieder die Bedingung gestellt, an diesen Gesprächen müsse auch das **Heng-Samrin-Regime in Phnom Penh** beteiligt sein, das sie 1979 mit Waffengewalt eingesetzt haben. In den letzten Wochen haben aber vietnamesische Diplomaten mehrfach angedeutet, dass es auch "andere diplomatische Möglichkeiten" gebe, um die Gespräche in Gang zu setzen. Daraufhin entwickelte sich eine ernste diplomatische Tätigkeit in den Hauptstädten der fünf Mitgliederstaaten. Am Ende der Konsultationen über die Ansicht, mit Hanoi allein über die Lage in Kambodscha und eine mögliche Beifriedung des Landes zu reden, zeigten sich drei der Mitgliedsstaaten - Indonesien, Malaysia und Singapur - gesonnen, auf die Initiative der Vietnamesen einzugehen. Die Philippinen lehnen Gespräche rundweg ab, und Thailand hat "grosse Vorbehalte" gemeldet.

CHINA UND ALBANIEN NÄHERN SICH AN

"Diskreter" Besuch einer Wirtschaftsdelegation in Tirana

Eine chinesische Wirtschaftsdelegation hat in der letzten Märzwoche Albanien besucht. Das meldete die jugoslawische Presseagentur **Tanjug** mit Bezugnahme auf entsprechende Berichte jugoslawischer Journalisten in Peking.

Der Besuch der Delegation ist nicht offiziell bekanntgegeben worden. Er fiel zusammen, heisst es, mit einer dringenden "Dienstreise" des albanischen Handelsattachés in Peking, **Mehmet Bilikbaschi**, nach Tirana. Nach Meinung der jugoslawischen Korrespondenten bedeutet der Besuch der Chinesen einen ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Albanien, die praktisch seit 1978 eingefroren sind. Die ideologischen Auseinandersetzungen, die in jenem Jahr zum offenen Bruch geführt hatten, beendeten 25 Jahre engster Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern.

Dieser erste Besuch einer chinesischen Regierungsdelegation in Albanien seit 1978 wurde von langer Hand vorbereitet. Nach Meinung der jugoslawischen Journalisten ist die sich anbahnende Annäherung nur nach der "Beseitigung" des ehemaligen albanischen Ministerpräsidenten **Mehmet Shehu** im Jahre 1981 und nach den darauf folgenden Säuberungen im albanischen Staats- und Parteiapparat möglich geworden. Die Chinesen seien mit den Politikern, die die Shehu-Mannschaft ersetzt haben, "durchaus vertraut", heisst es in den Berichten.

Mit der Entsendung der Delegation ist es Peking offenbar gelungen, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zuvorzukommen: sowohl Moskau als auch Washington hatten im vergangenen Jahr mehrmals die Absicht bekundet, die Beziehungen zu Albanien zu normalisieren.

China hat in der Vergangenheit Albanien beträchtliche militärische und wirtschaftliche Hilfe zukommen lassen. Westliche Experten schätzen die Hilfe Chinas an Albanien zwischen den Jahren 1953 und 1978 auf fünf Milliarden US-Dollar (zwölf Milliarden Mark). Peking habe sich in diesem Zeitraum an 142 Wirtschaftsjahresprojekte in Albanien beteiligt. Bis zum Bruch zwischen den beiden Ländern arbeiteten an die 6.000 chinesische Experten im Lande, über 2.000 Albaner wurden in China ausgebildet.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG MOSKAUS FÜR SYRIEN

Damaskus bezahlt für neue Ausbildungslager der PLO

Die Sowjetunion hat der syrischen Regierung in den letzten Wochen massive finanzielle Hilfe gelistet. Wie aus Londoner Bankkreisen verlautet, haben die Syrer trotz Drosselung der saudi-arabischen Zahlungen mit ungewöhnlicher Pünktlichkeit anstehende Tilgungen, Zinsen und Rechnungen privater Lieferanten in Grossbritannien und anderen westlichen Ländern beglichen.

Ebenfalls auf sowjetische Finanzhilfe wird die Zusage der syrischen Regierung an den Chef des militärischen Zweiges der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), **Abu Dschihad**, zurückgeführt. Danach sollen sowohl im Südal als auch im Nordjemen neue Ausbildungslager für die "Kämpfer" der PLO eingerichtet werden. Südjemen ist ein Zentrum sowjetgeleiteter Aktivitäten im arabisch-afrikanischen Raum.

Wie aus zuverlässigen Quellen in Jerusalem zu erfahren ist, haben die Syrer mit **Abu Dschihad** über den Kopf von PLO-Chef **Yassir Arafat** hinweg verhandelt - angeblich mit sowjetischer Billigung. Die Verhandlungen nach der Tagung der PLO-Führung in Kuwait Anfang April stattgefunden haben. Dabei war die Zurückweisung der Verhandlungsangebote für eine Nahost-Friedensregelung des jordanischen Königs **Hussein** beschlossen worden.

Arafat persönlich ist bei den Syrern weiterhin in Ungnade, nachdem er einerseits die Leistungen der syrischen Armee im Libanon-Krieg scharf kritisiert hatte, andererseits weil er persönlich auf der Tagung in Kuwait für die Ermächtigung König Husseins gestimmt hat, um im Namen der Palästinenser Friedensverhandlungen mit Israel und mit den Vereinigten Staaten zu führen. Die Regierung in Damaskus betrachtet König Hussein als einen Erzfeind.

Abu Dschihad, der "Aussenminister" der PLO, **Faruk Khaddumi** sowie Arafats Stellvertreter und Chef der PLO-Geheimoperationen, **Abu Ijad** haben gegen die Ermächtigung Husseins Stellung bezogen.

"RADIO FREIES KABUL" ÜBER FÜNF UKW-STATIONEN

Sendungen in russischer Sprache eingestellt

Der Sender des afghanischen Widerstandes, "Radio freies Kabul", verfügt im inneren des Landes über elf UKW-Sender, von denen zur Zeit wegen technischer Schwierigkeiten jedoch nur fünf ausstrahlen. Jeder der Sender ist in einem Radius von 50 Kilometer hörbar.

Wie die Pariser Menschenrechtsorganisation, die den Sender unterstützt, berichtet, ist es gelungen, französische Techniker nach Afghanistan einzuschleusen, um an Ort und Stelle afghanische Freiheitskämpfer in der Handhabung auszubilden. Die Geräte selbst haben die Grösse einer Aktentasche. Zwei der neu ausgebildeten afghanischen Techniker seien in den letzten Wochen in Erfüllung ihrer Pflicht gefallen.

Die Programme von "Radio freies Kabul", die sich einer aussergewöhnlichen Popularität erfreuen, werden in den pakistanischen "Grenzgebieten" zusammengestellt, die Islamabad Behörden überlassen hier den lokalen Stammesführern weitgehend die Initiative.

Die fertigen Kassetten werden zu Fuss über die Berge in das innere Afghanistans gebracht. Die Sendungen selbst finden

aus Höhlen im gebirgigen Gelände statt, so dass die Anpeilung und Ortung durch die Sowjets sehr schwierig ist. Die Regierung in Kabul hat hohe Belohnungen für die Enttarnung der Sendeanlagen ausgeschrieben.

"Radio freies Kabul", das aus einer Initiative des sowjetischen Bürgerrechtlers **Wladimir Bukowski** entstanden ist, - auch der ehemalige General **Pjotr Griorenko** zählt zu den Mitarbeitern - hatte neben Programme in den zwei in Afghanistan am weitesten verbreiteten Dialekten Paschtu und Dari, auch Sendungen in russisch ausgestrahlt. Diese Programme waren für die 105.000 sowjetischen Soldaten bestimmt, die als Besatzungsmacht im Lande stationiert sind. Das Programm auf russisch ist vor einiger Zeit bis auf weiteres eingestellt worden, da als Wirkung der Sendungen mehrere Desertionen stattgefunden haben. Die Redaktion des Senders kann jedoch weder das Leben der Deserteure garantieren noch sie vor einer eventuellen Auslieferung an die Sowjets seitens der pakistanischen Behörden bewahren.

"STIMME DER ISLAMISCHEN REVOLUTION" BEGINNT SENDUNGEN FÜR DIE Sowjetunion

Die Beziehungen zwischen Teheran und Moskau verschlimmern sich weiter. Nachdem im Februar der in der Hafenstadt **Baku** ansässige sowjetische Sender in persischer Sprache heftige Angriffe gegen das **Khomeini-Regime** wegen Verhaftung mehrerer Führer der kommunistischen **Tudeh-Partei** richtete, erfolgten vor wenigen Tagen Gegenmassnahmen Theerana. Wie aus iranischen Emigrantenkreisen in Paris verlautete, hat die "Stimme der islamischen Revolution" jetzt zweimal am Tag Sendungen in turkmenischer und farsischer Sprache eingeführt, die für die Moslems in Südsibirien bestimmt sind.

Den Berichten zufolge haben die Sendungen einen streng religiösen, islamischen Charakter. Im ersten ausgestrahlten Programm würdigte ein Kommentar die afghanische Freiheitskämpfer gegen die sowjetische Besetzung. Ihr Kampf wurde aus religiöser

Sicht geschildert, ihre Widersacher als "Gottlose" dargestellt.

In Emigrantenkreisen wird weiter darauf hingewiesen, dass der Beginn solcher Sendungen, die in der Sowjetunion leicht zu empfangen sind, möglicherweise auch eine Reaktion der Mullahs auf die mehrfach in der westlichen Presse gemeldeten Kontaktaufnahmen der Sowjets mit Vertretern der verschiedenen Flügel der iranischen Emigration sein könnte. Endzweck dieser Kontakte soll eine gemeinsame Aktion zum Sturz des Khomeini-Regimes sein. Ganz besondere Aufmerksamkeit sollen, den Berichten zufolge, die Emissäre der Sowjets den Vertretern der iranischen Kurden gewidmet haben, denen sie sogar Waffenlieferungen aus der Luft zugesagt hätten, um ihren Unabhängigkeitskampf im iranischen Nordwesten zu unterstützen.

AUCH BEI DEN ABRÜSTUNGSVERHANDLUNGEN SPRECHEN SIE MIT

Auch nach dem Ausscheiden des weithin bekannten polnischstämmigen Sicherheitsberater der Carter-Zeit, **Zbigniew Brzezinski**, aus dem Washingtoner Machtzentrum ist die "Polnische Lobby" dort unter dem neuen Präsidenten **Ronald Reagan** weiterhin erstaunlich stark vertreten. Selbst bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf sitzen Amerikaner polnischer Herkunft am Verhandlungstisch - wie übrigens auch der sowjetische Chefunterhändler **Julij Kwizinski** Kind polnischer Eltern ist.

"Jüngster Mann in Reagans Polen-Riege ist der neue Berater für sowjetische Fragen, der 32jährige US-Pole, **John**

Lenzowski. Er war zuvor Mitarbeiter des Aussenministeriums und spricht fließend russisch und polnisch. Lenzowskis Vater wurde noch in Polen geboren. Dass der im vergangenen Jahr berufene Polenberater im Aussenministerium einen polnischen Hintergrund hat, nimmt nicht Wunder. **Edward Derwinski** war zuvor republikanisches Kongressmitglied. Der in Genf bei den Abrüstungsgesprächen wirkende ehemalige Luftwaffengeneral **Edward Rowny** stammt aus dem von der Sowjetunion annektierten Ostpolen. Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des Kongresses schliesslich ist der gebürtige Pole **Clement Zablocki**. Er gehört zu den oppositionellen Demokraten.

SOWJETS BAUEN STRATEGISCHE EISENBAHNLINE IN AFGHANISTAN

Neue Verstärkung für die Invasionsarmee

Die Sowjets haben mit grösster Dringlichkeit den Bau einer neuen, breitspurigen Eisenbahnlinie von der sowjetisch-afghanischen Grenze in Richtung **Pul-I-Chumri** in Angriff genommen. Das meldete der französische Informationsdienst "Infocei".

Pul-I-Chumri, 250 Kilometer von der Grenze und 150 Kilometer von der Hauptstadt **Kabul** entfernt, ist das Hauptlager für die gesamte logistische Ausrüstung der Invasionsarmee. Eine Eisenbahnlinie beginnt an der neuen Brücke, die über den Grenzfluss **Amudaria** geschlagen wurde. Nach Meinung von Militärexperten beweise der Bau der strategischen Eisenbahnlinie nicht nur, dass die Sowjets sich weiter für einen langen Aufenthalt in Afghanistan einrichten, sondern auch, dass sie von hier aus auch andere Angriffsziele anpeilen.

Mit Berufung auf sichere Quellen meldet Infocei das Eintreffen von weiteren neuen sowjetischen Kriegsmaterial. Darunter wurden für die Bodenbekämpfung geeignete Kampfflugzeuge des Typs **SU-25**, automatische Granatwerfer des Typs **AGS-17** und Mörser vom Kaliber 82 Millimeter gesichtet.

Die gegenwärtige Stärke der sich in Afghanistan befindlichen Besatzungstruppen gibt Infocei mit 82.000 Kampftruppen an, die in acht Stützpunkten konzentriert sind. Dazu kommen rund 10.000 Mann Wartungspersonal der sowjetischen Luftwaffe, verteilt auf die verschiedenen Fliegerhorste, eine nicht genau zu ermittelnde Zahl von KGB-Einheiten sowie 2.000 Mann, die als Kader in der regierungstreuen afghanischen Armee in Schlüsselpositionen eingesetzt sind.

Der 103. Fallschirmjäger -Einheit, die bis jetzt die einzelnen punktuellen Repressionsangriffe ausführte, wurden vor kurzem kleinere Einheiten aus der Tschechoslowakei und aus der DDR beigeordnet, die damit Kampferfahrung sammeln und neue Waffen ausprobieren sollen. 500 Mann aus der DDR sollen die afghanische Polizei und den Geheimdienst unterstützen.

BEYERHAUS: DAS MARTYRIUM HAT EINE EIGENE BEDEUTUNG. FÜR DEN LEIB CHRISTI

Prof. Dr. Peter Beyerhaus von der International Christian Network, Herausgeber der Zeitschrift "Diakrisis" und Mitarbeiter des Missionswissenschaftlichen Instituts der Universität Tübingen, ist der Teilnehmer beim "Yakunin Hearing", das Christian Solidarity International (CSI) Mitte Juli in Vancouver veranstalten wird. Beyerhaus wird in einem Grundsatzreferat darlegen, dass das Martyrium eine eigene Bedeutung für die Kirche als Leib Christi hat, und dass der Oekumenische Rat der Kirchen das Problem kirchlicher Märtyrer nicht einfach unter der Fragestellung "Menschenrechte" behandeln kann. Das "Yakunin-Hearing" ist benannt nach dem orthodoxen Priester **Gleb Yakunin**, der 1975 an den OeRK in Nairobi appellierte, für die verfolgten Christen einzutreten, und der in der UdSSR im Gefängnis sitzt. Die Veranstaltung in Vancouver ist die erste CSI-Weltkonferenz.

UdSSR:

"Die Kraft der Begabung wird Stupidität
und Grausamkeit der Sowjets überleben"

ROSTROPOWITSCH VERURTEILT DRANGSALLIERUNG SOWJETISCHER KÜNSTLER

Mit aussergewöhnlicher Schärfe hat der aus der Sowjetunion ausgebürgerte und heute in den Vereinigten Staaten lebende Cellist **Rostropowitsch** die Behandlung russischer Künstler durch den Kreaml verurteilt. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin "**U.S. & News World Report**" betont der weltbekannte Virtuose, die sowjetischen Behörden gebrauchten meist zwar keine physische Gewalt, zerstörten missliebige Künstler jedoch auf andere, subtilere Art. "Manchmal bleibt dann einem solchen Künstler nichts anderes übrig, als zu fliehen oder Selbstmord zu begehen".

Im Zusammenhang damit zeichne sich der sowjetische Geheimdienst KGB durch eine Fülle an Druckmittel aus. Dazu gehöre vor allem das gern praktizierte Reiseverbot für Künstler. So werde die Mehrzahl der darstellenden Künstler an ihrem Lebensnerv getroffen. "Wenn

einem, wie in meinem Falle, diese (Reise) Möglichkeit entzogen wird, dann taucht der KGB auf und sagt: helfen Sie uns, und wir werden Ihnen helfen. Nur wenn dieses Angebot angenommen wird, kann man wieder reisen".

Rostropowitsch, der inzwischen das **National Symphony Orchestra** in Washington leitet, verhehlt allerdings nicht eine gewisse Genugtuung darüber, das Flucht und Ausbürgerung einer Vielzahl namhafter sowjetischer Künstler vor allem dem Westen zugute kommt. Letztlich sei es so, versichert der Cellist, dass das künstlerische Leben Russlands grösstenteils in den Vereinigten Staaten und in anderen westlichen Ländern wie Frankreich oder England stattfindet.

Am Beispiel des in den 20er Jahren vor dem Sowjetregime aus Russland geflohenen und danach totgeschwiegenen Sängers **Fjodor Schaljapin** verdeutlicht Rostro-

powsch, dass die Sowjets auf Dauer die Bedeutung ihrer Vertriebenen und gequälten Künstler nicht verzeugaen können. Inzwischen würden, lange nach Schaljapins Tod, in der Sowjetunion wieder Gedenkkonzerte für den Sänger aufgeführt. Rostropowitsch: "Die Kraft der Begabung dieser Künstler wird Stupidität und Brutalität der Sowjets überleben".

Zur Frage ob er und seine Frau **Galina Wischnewskaja**, eine ehemals gefeierte Sängerin der Bolschoi-Oper, eine Rückkehr in ihre Heimat erhoffen, sagte Rostropowitsch, keiner könne des anderen Nationalität "stehlen". **Breschnew** habe ihm ebenso wenig sein "Russentum" nehmen können, wie er dieses beispielsweise dem langjährigen KGB-Chef **Juri Andropow** nehmen könne. Der Cellist: "Das Blut des Menschen ändert sich nicht. Das Erbe eines Menschen bleibt bestehen."

TADSCHIKEN FÜR AUTONOME JÜDISCHE REGION GESUCHT

Sowjets bieten grosse materielle Vorteile für moslemische Umsiedler

"Verpflichtet Euch! Verpflichtet Euch, das Land der Bira und des Bidschan braucht die Kraft Eurer Arme! Wir laden Sie ein, im Rahmen unserer Siedlungspolitik in die autonome jüdische Region **Birobidschan** zu kommen." Diese Anzeige erschien in der letzten Zeit öfters in der Zeitung "**Kommunist Tadschikistana**" in der Hauptstadt der Sowjetrepublik Tadschikistan, **Duschanbe** (ehemals Stalinabad).

Die sowjetischen Behörden versuchen mit allen Mitteln, die bevölkerungsarme Region an der chinesischen Grenze zwischen dem **Amur**, der transsibirischen Eisenbahn und dem Fluss **Kingan**, die ungefähr die Grösse Belgiens hat, mit moslemischen Einwanderern weiterzuentwickeln. Der Plan Stalins von 1928, dieses "sowjetische Israel" mit Juden zu bevölkern, ist offensichtlich endgültig gescheitert. In Moskau läuft der Witz um: "Einer fragt, wie viele Juden leben in Birobidschan? Die Antwort: Einer sicherlich, **Lew Schapiro**, der erste Parteisekretär".

Jede tadschikische Familie von mindestens zwei Personen ist zur Umsiedlung berechtigt. Der Transport per Eisenbahn einschliesslich bis zu zwei Tonnen Hausrat ist kostenlos. Jede Familie bekommt ein Haus oder eine Fertigwohnung und hat Anrecht an ein Darlehen von 800 Rubel (etwa zehn Durchschnittsgehälter eines Arbeiters), um ein Stück Rindvieh zu kaufen. Das Darlehen muss erst nach fünf Jahren zurückgezahlt werden. Zwei Jahre brauchen die Neuankömmlinge keine Miete und acht Jahre keine Grundsteuern zu zahlen. Bei seiner Abfahrt bekommt der Tadschike 200 Rubel bar auf die Hand, jedes Familienmitglied weitere 75 Rubel.

"POLNISCHE ENTWICKLUNG FÜR SOW- JETFÜHRER EINE LEHRE"

Sowjetische Untergrundgewerkschaft hat neue Führung

Die sowjetische Untergrundgewerkschaft "Zwischenberufliche freie Vereinigung von Arbeitern" (**SMOT**) hat einen neuen Vertreterrat. Das geht aus mehreren Samisdat-Dokumenten hervor, die jetzt im Westen vorliegen. Als Mitglieder des neuen Rates werden die Namen **Pletnewa, Uchanow, Skobow, Rusakowa, Pawlow** und **Sitinski** erwähnt.

In den Dokumenten ist ein Bericht über die zweite Verhaftung von **Lew Wolochonski** enthalten, der Gründungsmitglied des **SMOT** ist. **Wolochonski** wurde am 9. Dezember vergangenen Jahres festgenommen.

Swetlana Majatinkowa berichtet in den Dokumenten über die Zwangsinternierung ihres Mannes, **Fedor Finkel**, in das Moskauer psychiatrische Krankenhaus Nummer vier. **Finkel** war früher Mitglied des Vertreterrates der Gewerkschaft.

Der neue Vertreterrat berichtete auch über die Verhaftung seines Mitgliedes, **Alexander Skobow**, der schon seit geraumer Zeit schweren Schikanen ausgesetzt war.

Am 20. Dezember 1982, heisst es weiter, habe der sowjetische Geheimdienst KGB mehrere Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in Leningrad vorgenommen. Betroffen waren **Andrei Resnikow, Konstantin Kaubischa** und **Wladimir Sitinski**. Im Zusammenhang mit diesen Aktionen des KGB schreiben die fünf noch freien Mitglieder des neuen Vertreterrates: "Die Ereignisse in Polen haben der neuen Führung (der Sowjetunion, A.d.R.) als Lehre gedient, und sie versucht jetzt, die Arbeiterbewegung in Russland zu unterdrücken, noch bevor sie an Kraft gewinnt".

ZEUGEN JEHOVAS VOR SOWJETGERICHT "Konspirative Organisation" der "illegalen Tätigkeit" beschuldigt

Fünf namentlich genannte Anführer der "Zeugen Jehovas" wurden Anfang des Jahres in der ukrainischen Stadt **Thorez** vor Gericht gestellt. Dies geht aus einem Bericht der Parteizeitung "**Prawda Ukraini**" hervor. Das Blatt versuchte die Glaubensgemeinschaft, die sich selber "theokratische Gesellschaft" nennt als "konspirative Organisation" darzustellen, die auf Geheiss ihrer Zentrale in **Brooklyn** "illegale Tätigkeiten" entfaltet.

W.Y. Schagai, I.Y. Starowoit, M.I. Ivanow, A.L. Wischowski und **B.S. Tschislow** hätten "illegale Versammlungen" organisiert, junge Menschen "zum Eintritt in die Sekte geführt" und über "illegale Kanäle" antisowjetisches Schrifttum verbreitet. Die Drucksachen seien von der "sogenannten Führungskorporation" der Zeugen Jehovas in die Sowjetunion geschickt worden. Die ihren Sitz "in einem der Wolkenkratzer in Brooklyn habe."

Der Beitrag hebt mit besonderer Akribie den angeblichen konspirativen Charakter der Organisation und die "Untergrundnatur" ihrer Tätigkeit hervor. So wird zum Beispiel beklagt, das es den Mitgliedern strengstens verboten sei, Namen anderer "Brüder" zu nennen, besonders aber den Namen der "verantwortlichen Anführer". Bei Drohung des Ausschlusses sei es den Mitgliedern ebenso verboten, irgendwelche Einzelheiten über die konkreten Aktivitäten der Organisation preiszugeben.

Der Artikel - wie auch das Gerichtsverfahren gegen die fünf Angeklagten - gründet weitgehend auf Aussagen eines ehemaligen Anführers der Glaubensgemeinschaft, **L.N. Smirnow**, der vor einigen Jahren ausgetreten ist und seither regelmässig bei Gerichtsverfahren gegen seine ehemaligen Glaubensgenossen als Zeuge der Anklage auftritt. Unter anderem behauptet **Smirnow**, die weltweit praktizierte Wehndienstverweigerung der Zeugen Jehovas sowie die Ablehnung der Teilnahme an Wahlen oder an Friedenskundgebungen gehe auf unmittelbare "diktatorische" Befehle der Zentrale in Brooklyn zurück.

Polen:

POLENS SOWJETISIERUNG MACHT FORTSCHRITTE "Säuberungen" in der Führungsspitze

Die letzten Umbesetzungen in der polnischen Führung weisen auf eine weitere Sowjetisierung und Militarisierung des polnischen politischen und wirtschaftlichen Lebens hin. Die Absetzung von Landwirtschaftsminister **Jerzy Wojtecki**, seines Zeichens Absolvent der Landwirtschaftsakademie Breslau, lässt nicht Gutes für Polens freie Bauern ahnen. Wojtecki war der Garant für die freie Landwirtschaft und hat zu Gegenstimmen und Enthaltungen bei der Bauernpartei ZSL geführt (deren Jugendorganisation der KP unterstellt ist), obwohl er Kommunist ist.

Laut General **Jaruzelski** hat Wojtecki "verschlossen". Sein Nachfolger **Stanislaw Zieba** kommt aus der Agrarabteilung des ZK. Die Tatsache, dass angesichts einer massiven Medienkampagne polnische private Handwerker und Unternehmer ihre Betriebe schliessen und auslandpolnische Unternehmer die Koffer packen, weist gleichfalls darauf hin, wohin die polnische Volkswirtschaft tendiert.

EINBERUFUNG FÜR ZAHLREICHE POLNISCHE RESERVEOFFIZIERE

Offensichtlich im Zusammenhang mit dem vereinbarten Besuch von Papst **Johannes Paul II.** in seiner polnischen Heimat vom 16. bis 22. Juni haben zahlreiche Reserveoffiziere zum 1. Juni Einberufungsbefehle zu mehrwöchigen Wehrübungen erhalten. Wie aus gut informierten Kreisen berichtet wird, sind nicht nur Reserveoffiziere der Streitkräfte, sondern auch der Polizei und des Sicherheitsdienstes betroffen.

Die Einberufungsaktion erfolgte noch vor dem geheimen Treffen des Vorsitzenden der von der Militärregierung verbotenen freien Gewerkschaft "Solidarnosc", **Lech Walesa**, mit deren im Untergrund wirkender Führungsspitze. Im Interesse eines ungestörten Papstbesuches hatte die

Der herzkranke Präsident der obersten Kontrollkammer, General **M. Moczar**, hat abgedankt. Seinen Posten übernahm das Militärrats-Mitglied General **Tadeusz Hupalowski**, bisher Minister für Verwaltung und Umweltschutz. Dessen Nachfolger wurde ein weiteres Mitglied des 21köpfigen Militärates, der bisherige Kommandeur des (wichtigsten) Wehrbereichs Warschau, General **W. Owiwa**. **Stanislaw Ciosek**, während der **Gierek-Ära** zwielichtiger Wojewode von Hirschberg in Schlesien, und als Gewerkschaftsführer federführend für die Zerschlagung der "Solidarnosc", ist nun Minister für Lohnfragen geworden. Ciosek steht Jaruzelski sehr nahe.

Aus dem Staatsrat wurde schliesslich das Mitglied der "Demokratischen Partei", die Journalistin **Krystyna Marszalek-Mlynarczyk**, hinauskatapultiert. Die heute 53jährige stimmte gegen das Verbot der Gewerkschaft Solidarnosc und war für eine gemässigte Pressefreiheit.

Gewerkschaft schon erklärt, dass sie keinerlei Aktionen zu dieser Zeit unternehmen werde. Allerdings schlossen namhafte Vertreter nicht aus, dass der dogmatische Parteiflügel "Provokationen" inszenieren könnte, um die Verantwortung dann der "Solidarnosc" anzulasten.

Zbigniew Bujak, der Führer der "Solidarnosc" im Untergrund, erklärte in diesem Zusammenhang, es sei für ihn "sehr schwer" die Politik des polnischen Primas, Erzbischof **Jozef Kardinal Glemp**, zu verstehen, der einerseits die treibende Kraft hinter dem Papstbesuch sei, aber ebenso seine Kontakte zu dem Unterdrückungsregime habe. Bujak war einer der Gesprächspartner **Walesas** beim geheimen Treffen.

ERSTE LITERARISCHE VERARBEITUNG DES KRIEGSRECHTS IN POLEN ERSCHIENEN

Warschauer Autor bestand auf Erscheinung unter eigenem Namen

Grosses Aufsehen erregte dieser Tage in französischen literarischen und politischen Kreisen einer ersten - aber nicht weniger hervorragenden - literarischen Schilderung Polens nach Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981. "Bericht über den Kriegszustand" (Titel der bei Stock erschienenen französischen Ausgabe: "Untergrundchronik eines Landes im Krieg") heisst das Buch, der Verfasser ist der 45jährige Schriftsteller **Marek Nowakowski**.

Das Buch besteht aus 41 Kurzgeschichten - an **Rainer Kunzes** "Die wunderbaren Jahre" erinnernd - schildert die Kehrseite des sogenannten "Normalisierungsprozesses" durch die erneute Machtergreifung der Partei und des Sicherheitsapparates anhand der Erlebnisse des "kleinen Mannes auf der Strasse", der Hausfrau, Rentner, Studenten, schweigende Gewerkschaftler.

Mit besonderer Akribie werden die Angst, die Zwiespältigkeit, die notwendige Lüge, die Neurosen beschrieben, die durch den Druck verursacht werden, der auf den einzelnen lastet. Nowakowski beschränkt sich jedoch nicht auf das rein soziale, zumal der "Kriegszustand" hineinwirkt bis in das Innenleben und die seelische Intimität der Menschen.

Nowakowski ist einer der volkstümlichsten Autoren der jüngsten Generation. Nach dem 13. Dezember 1981 wurde er verhaftet, nach einigen Wochen jedoch wieder freigelassen. Wie aus Kreisen seiner Bekannten in Paris verlautet, wurde er mehrfach von den Behörden verwarnt und zum Stillhalten aufgefordert worden. Ungeachtet dessen beharrte er aber, trotz anderslautenden Vorschlägen seiner Freunde, darauf, dass sein Buch im Westen unter seinem eigenen Namen erscheine.

JARUZELSKI-REGIME VOLLENEUN TODESURTEIL

Das seit dem 13. Dezember 1981 herrschende polnische Militärregime hat seinem ersten Parteichef Armeegeneral **Wojciech Jaruzelski** an der Spitze hat in vollstem Amtsjahr neun Todesurteile vollstrecken lassen. Wie die Zeitung "Rzeczpospolita" von Einzelheiten weiter behielten ausserdem 59 Angeklagte langere Freiheitsstrafen. Über 12.000 Polen sind wegen "illegaler Propaganda" oder "Finanzvergehen" oder "Finanzvergehen" oder "Finanzvergehen" geurteilt worden. Weitere wegen "illegaler Propaganda" unerlaubter Versammlungen und Beteiligung an öffentlichen Demonstrationen ins Gefängnis. Insgesamt im vergangenen Jahr rund 43 Straftaten erfasst, die höchsten Strafen, wie die Zeitung schrieb.

STRECKTE

81 herrschende Staats- und Wirtschaftliche Angaben erregte lebens- gen "Spekulations- ab- 252 kamen Organisation oder Streiks a Demonstration wurden .000 schwere e Zahl "seit Warschauer

WOLLEN AT

GRIECHISCHE FLÜCHTLINGE ZURÜCK IN IHRE HEIMLÄNDER

35 Jahre in Oberschlesien. In der 6.000 köpfigen griechischen Fluchtlingsgemeinde in Niederschlesien, beträchtliche Unruhe registriert. Wie Reisende, die in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sind, berichten, wollen alle Griechen, einschliesslich jüngerer Mischehen mit polnischen Frauen, nach Heimat zurückkehren. Die erste Repatriierungswelle griechischer Flüchtlinge, die ihre Heimat im Jahr 1946 verlassen hatten und in der griechischen Regierung in Athen kommen ist, dem Sturz der Militärdiktatur zurück. Seit die sozialistische Regierung in Athen an die Macht gekommen ist, mehrfach das Problem der Repatriierung angeschnitten und sie aufgefordert.

Die jetzt herrschende Aufbruchsstimmung unter den griechischen Flüchtlingen wurde durch Aussagen der Delegierte des "N. Boloianis" griechischer politischer Flüchtlinge im Kongress der kommunistischen Griechenlands im Dezember des Jahres gemacht haben. Die Mehrheit der überwältigende Mehrheit der griechischen Flüchtlinge aufgrund der gültigen Gesetzgebung berechtigt, ohne politische oder juristische Konsequenzen wegen ihrer Flucht vor dem Aufbruch zu müssen.

Allerdings weisen die griechischen Heimkehrer gegen die Frage der Renten- und Sozialversicherung Transferierung ersparter Eigentumswohnungen sowie ihres in Griechenland nach Bürgerkrieges konfizierten Bei ihrem Eintreffen in Griechenland bekommen die griechischen 170 US-Dollar (400 DM) pro kommen noch 650 Dollar Reisekosten für jede Familie der Kommission der Vereint für Flüchtlinge zur Verfügung werden.

hen Flücht- lesien wird triert. Wie publik Deut- berichten, iesslich jün- chen Frauen Griechenland von griechi- Heimat als rkrieg 1946- 1974, nach in Athen Regierung kommen ist, Papandreou xil-Griechen, en Ländern zur Repatri-

chsstimmung Griechen gelöst, die Bundes grie- linge" zum hen Partei vergangenen emnach sei der Flücht- griechischen anzukehren, che Konse- r 35 Jahren

e auch auf denen die überstehen. eingezahlten ungen, der Gelder, der die Frage Ende des Vermögens. Griechenland Heimkehrer Kopf. Dazu (1.560 DM) e, die von in Nationen ing gestellt

AUCH DIE POLEN SIND IM LUTHERJAHR AKTIV

Kantaten-Ensemble für die evangelische Kirche

Das Luther-Jahr spiegelt sich auch in der polnischen Hauptstadt in zahlreichen kulturellen Veranstaltungen wider. Wie die nach längerer Pause wieder - jetzt in deutscher und englischer Sprache - erschienene Monatszeitschrift "Polen/Poland", berichtet, hat die 200 Jahre alte evangelische Kirche in Warschau im Luther-Jahr ein Kantaten- und Oratorienensemble erhalten. Das musikalische Programm der Veranstaltungen umfasst neben Mozart, Händel und Haydn auch den Schöpfer der polnischen Nationaloper, **Stanislaw Moniuszko**.

Dieser polnische Komponist und auch Chopin musizierten an der evangelischen Kirche in Warschau. Moniuszkos Lehrer war der deutsche Kantor und Organist der Kirche, **August Freyer**. Die Warschauer Kammeroper spielt heutzutage des öfteren sakrale Musik in der Kirche.

Anlässlich des Luther-Jahres hat die

Zeitschrift einen Festvortrag des Bischofs der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen, **Janusz Narzynski**, zum Thema "Zur Rezeption Martin Luthers in Polen" veröffentlicht. Bedeutsame polnische Schriftsteller wie **Mikolaj Rej** und **Andreas Fricius Modreus** schlossen sich der Reformation an. Der Vorgänger von Narzynski, **Julius Bursche**, kam im Gestapo-Gefängnis in Berlin um. Heute erinnert in Warschau ein Denkmal an diesen Märtyrer.

80.000 evangelische Gläubige

Administrativ bildet die evangelisch-augsburgische Kirche in Polen eine Universität, die in die Diözesen **Teschen, Kattowitz, Masuren, Pommern-Wartheland, Warschau** und **Breslau** aufgeteilt ist. Von den 80.000 Gläubigen leben allein 37.000 in der einst habsburgischen Region Teschen

direkt an der Grenze zur Tschechoslowakei. Die Kirche zählt 124 Pfarreien, 219 Predigtstationen, 363 Kirchen und Kapellen, 109 Geistliche, 12 Katechetinnen, 39 Diakonissen.

Die Kirche unterhält 5 Fürsorgeheime und ein Erholungsheim für Geistliche und Mitarbeiter. Das wichtigste Evangelisationszentrum befindet sich in **Dziegielów** bei Teschen.

Die Kirche gibt die Zweiwochenschrift "Zwiastum" ("Der Verkünder") in einer Auflage von 12.000 Exemplaren heraus. Im "Zwiastum"-Verlag erschienen im Jahre 1981 acht Bücher in einer Gesamtauflage von 44.350 Exemplaren.

Der Bischofssitz der Kirche ist in der **Miodowa-Strasse 21** in Warschau. Kandidaten und Geistliche der evangelisch-augsburgischen Kirche Polens werden in der christlichen theologischen Akademie in Warschau ausgebildet.

Tschechoslowakei:

Ein Exkurs in die industrielle Situation der heutigen Tschechoslowakei von Fr. Vanecek

MIT MASCHINEN AUS DEM JAHRE 1912

Als ich vor ein paar Jahren als Heizer im neu gebauten Sportareal in **Prag-Strahov** gearbeitet habe, hat mich im Heizungsraum ein österreichischer Monteur besucht. Er hat die Schlussmontage und Inbetriebnahme der ausländischen Klimaanlage bewerkstelligen sollen. Damals ist er schon zum dritten Mal in Prag gewesen und jedesmal vergeblich. Er hat sich jedesmal genau nach dem verbindlich vereinbarten Termin gerichtet, aber er war nie im Stande die Arbeit durchzuführen. Die Vorbereitungsarbeiten, deren Beendigung der Investor und das Bauunternehmen verbindlich zugesichert hatten, waren wieder einmal nicht beendet. Der sympathische Österreicher teilte mir damals seine Entdeckung mit: "Wissen Sie, warum bei Ihnen - in der Tschechoslowakei - keine Arbeitslosigkeit bestehen kann? Hier wird nämlich nichts rechtzeitig und restlos beendet. Alles muss man noch eine längere Zeit nach dem Termin zum Schluss bearbeiten, dann wieder als **Altwerdendes** reparieren und so geht es immer weiter. Sie müssen ein sehr reiches Land sein, wenn sie sich eine solche Verschwendung leisten können." Er hat mir die Hand gereicht und ist zum Freibad gefahren. Er hätte gerne zurück nach Wien fahren wollen, müsste er nicht warten, bis ihm das Bauunternehmen einen weiteren Termin mitteilt, um die Klimaanlage in Betrieb zu setzen. Sein nicht sehr billiger Aufenthalt wurde von den tschechoslowakischen Investoren getragen.

Doch lassen wir jetzt die merkwürdige Bemerkung des ausländischen Monteurs beiseite, weil sich die Frage des Beschäftigungszustands oder der Arbeitslosigkeit in der CSSR dadurch nicht aufklären kann. Es geht eher um die Frage, ob die CSSR heute reich oder arm ist. Nach offiziellen Angaben hat sie im Ausland,

konkret im Westen 3 Milliarden Dollar Schulden. Im Vergleich mit anderen RGW-Ländern, insbesondere mit **Polen** und **Rumänien**, und wenn man die Lage im Lande nicht gut kennt, scheinen die Schulden nicht hoch zu sein. Es ist auch ein Argument, das die tschechoslowakischen Vertreter, Funktionäre und Propagandisten immer an die Öffentlichkeit bringen und welches auch nicht wirkungslos bleibt.

Diese Behauptung wurde auch schon oft im Ausland übernommen und veröffentlicht. Diese Tatsache erklärt jedoch nicht, ob die tschechoslowakische Regierung sich in den letzten Jahren viel oder wenig verschuldet hat. Jede Regierung, in jedem Land und jedem ökonomischen System, kann sich nämlich nicht nur im Ausland, sondern auch beim eigenen Staatsbürger verschulden. Und diese zweite Alternative betrifft gerade die heutige Tschechoslowakei.

Wie in allen Bereichen, so werden auch, was die Informationen über die Lage des Landes nach dem Krieg angeht, von den jetzigen Herrschern in der CSSR Falschmeldungen verbreitet. Es wird behauptet, die tschechoslowakische Wirtschaft wurde durch Krieg und Besetzung stark beschädigt. Man spricht sogar über eine Zerstörung der Nationalwirtschaft. Leute, die diese Periode nicht miterlebt haben, können diese Behauptung für Wahrheit halten. Die Wirklichkeit ist jedoch anders gewesen. Auf dem tschechischen Gebiet, wo die meisten Grossbetriebe konzentriert waren, haben keine Schlachten und Kriegskämpfe stattgefunden. Auch die Luftangriffe und Bombardements sind nicht so riesig gewesen und haben keine höheren Schäden verursacht, wie es in den Nachbarländern der Fall war. Es ist wahr, das z.B. die Pilsener Skoda Fabrik bombardiert wurde, aber die Schäden wurden schon im Laufe von ein paar

Monaten beseitigt. Auch die Chemiewerke in **Zaluzi-Most** und in **Kralupy** an der **Moldau** und ein paar Bahnhöfe wurden in höherem Masse beschädigt, aber die Betriebe mit einer traditionellen Herstellung - wie Maschinenbau, Textilindustrie, Schuhindustrie, Glas- und Porzellanfabriken und die anderen Leichtindustriezweige wurden kaum durch den Krieg berührt. Im Gegenteil, der Maschinenpark aus manchen ausgebauten Fabriken auf deutschen und österreichischen Gebiet war nach **Böhmen** abtransportiert worden und nach dem Krieg dort geblieben. Die Maschinen- und Leichtindustrie der Tschechoslowakei hatte daher nach dem Krieg eine aussergewöhnlich gute Chance gehabt, ihre ehemaligen Auslandsmärkte wieder zu erobern und darüber hinaus noch weiter auszubauen. Darum mussten viele Konkurrenten in den Nachbarländern ihre Betriebe total neu aufbauen. Während die Tschechoslowakei nicht nur genügend Maschinenparks, sondern auch eine Menge erfahrene, qualifizierte Erzeuger hatte.

Weder das Eine, noch das Andere ist aber eine Garantie der erfolgreichen Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft geworden. Ihre Zukunft wurde nicht durch die ökonomische Lage, sondern durch die politischen Umstände festgelegt. Diese Umstände, besonders nach dem Februar 1948, als die KP der absolute Herrscher im Land geworden war, ist für die weitere Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft entscheidend, und wie sich gezeigt hat auch fatal gewesen.

Seit 1950 hat die tschechoslowakische Regierung auf Moskauer Befehl und mit einer eifrigen Dienstbarkeit das sogenannte "Eisenkonzert" mit dem Aufbau und Präferenz der Schwerindustrie begonnen. Dadurch haben schon damals die Herrscher der Tschechoslowakei mit einer Verschuldung beim eigenen Staats-

bürger angefangen. Jedoch ist es am Anfang nicht spürbar gewesen. Seit 1950 hat in den Fabriken ein Hochbetrieb geherrscht. Es war garnicht genug Zeit all die Auslandskunden, die sich um die Sowjetblockländer vermehrt haben, zu befriedigen. Trotzdem war es kein Problem, was die Auswahl und Qualität betrifft die Kundenwünsche zu erfüllen. Die UdSSR und ihre Satellitenländer haben Schuhe, Kleider etc. gebraucht, ohne Rücksicht darauf, welches Niveau die Erzeugnisse erfüllt haben. Dadurch haben die tschechoslowakischen Produkte einen grossen Markt mit hohen Absatz bekommen.

Ebenso ist die Lage mit den Maschinen- und Elektrotechnikerzeugnissen gewesen. Die Anspruchlosigkeit der Kunden hat jedoch das Herstellungsniveau negativ beeinflusst. Das hat sich bald in der allgemein sinkenden Qualität der Produktion gezeigt. Auch die Tatsache, dass die meisten Gewinne in die Entwicklung der Schwer- und Waffenindustrie gehen mussten, hat zum Zurückbleiben der Leicht- und Konsumindustrie beigetragen.

Die offiziellen Angaben werden nicht veröffentlicht, aber die Experten schätzen das durchschnittliche Alter des Maschinenparks auf 35 bis 40 Jahre. Es gibt jedoch Industriezweige, wo man auf mehr als achtzigjährigen Maschinen arbeiten muss. Ein Beispiel ist die Fabrik SEBA im nordböhmisches Tanwald, wo die Arbeiterinnen im Staub und Lärm an Maschinen, bei denen schon ihre Grossmütter und Urgrossmütter gestanden haben, arbeiten müssen.

In der Fabrikanlage "SEBA Tanwald 10" arbeiten die Frauen auf mehr als 500 Webstühlen, die aus dem Jahre 1912 stammen. Nicht weit von dort, und zwar im Städtchen Plavy, stehen Maschinen

aus dem Jahre 1886 in der dortigen Textilfabrik und werden noch betrieben. Mehr als 90% der Webstühle im ganzen Unternehmen SEBA sind veraltet. Auch in Gottwaldov befinden sich zum Grossteil diejenigen Maschinen, die BATA in der Zwischenkriegszeit angeschafft hat.

Der stark abgenutzte und veraltete Maschinenpark besteht fast in allen früher aufgebauten Fabrikanlagen des Leicht- und Konsumindustriezweiges. Heute auch in denen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurden. Auch in diesem Fakt findet man einen Teil der Antwort, warum die Produkte aus den tschechoslowakischen Betrieben altmodisch und dazu noch störanfällig und unpräzise sind. Derzeit erreichten nur 2% aller Erzeugnisse die Qualität, die als die Spitzenwertparameter bezeichnet wird. Und nicht alle diese erstklassigen Erzeugnisse werden auch verkauft. Die Entscheidung und Praxis über eine Präferenz der Schwerindustrie ist für die Nachkriegsentwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft schicksalhaft gewesen und hat unabsehbare Folgen gehabt. In demselben Sinne hat der undemokratische und unqualifizierte Dirigismus jahrelang gewirkt. Das sind die Hauptursachen für die steigende Verschuldung der Herrscher bei der eigenen Bevölkerung gewesen.

Nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft, kann man über eine ungeheure Verschuldung reden. Gleichzeitig mit einer Bewertung der Ergebnisse des letzten Fünfjahresplanes kam es zu einer Feststellung: nicht nur mehrere tausend Traktoren, LKW's und Maschinen generell, sondern Sensen, Rechen, Harken entbehrt man in der tschechoslowakischen Landwirtschaft. Es gibt genügend moderne Erntelagerhäuser, aber es gibt nicht

genügend Finanzmittel für die notwendigen Chemikalien, Dünger usw.

Die Moskauer Stellvertreter in der CSSR wiederholen zwar immer wieder ihre demagogischen Parolen über den Friedenscharakter ihrer Herrschaft, aber die Praxis sieht anders aus. So wird die Produktion von Kriegsmaterial immer grösser, es gibt immer mehr Panzer, Kanonen und anderes Kriegsgerümpel im Überfluss, während man immerwährend die Pflüge vermisst.

So sieht die bekannte Parole - Schwerter zu Pflugscharen schmieden - in der CSSR in der Praxis aus.

Die Tschechoslowaken haben sich auch schon bei den nächsten Generationen verschuldet. Ihre miserable Hinterlassenschaft sind die toten Wälder, die schmutzigen Kanäle, die einmal Flüsse genannt wurden und die giftige Luft.

Nach allen diesen Erfahrungen, und wenn man den Zustand des Landes in Erwägung zieht, könnte man erwarten, dass die Herrscher ein vernünftiges Konzept ihrer politischen und ökonomischen Praxis zu verwirklichen beginnen. Ganz im Gegenteil. Sie werden die Verschuldung noch weiter steigern. Die Entscheidung über den Aufbau vieler neuer Atomkraftwerke in den nächsten Jahren stellt ein überdimensionales Risiko dar. Sowohl für die Wirtschaft, als auch für die Umwelt. Insgesamt neun AKW's sollen in den nächsten Jahren in Betrieb genommen werden. Die gewaltigen Investitionskosten, die dadurch entstehen, werden die tschechoslowakische Wirtschaftsmisere sicher nicht verbessern. Das einzige was mit Sicherheit von dieser Entwicklung erwartet werden kann, ist, dass die Verschuldung der tschechoslowakischen Herrscher bei ihrer eigenen Bevölkerung immer grösser wird.

DDR:

Die Friedensbewegung in der DDR und Ostberlin

"Frieden" ist eine der meistgebrauchten Vokabeln im Sprachschatz kommunistischer Machthaber. Als wichtigstes Mittel der Propaganda wird dieser Begriff als einer, der die grösste Sehnsucht der Menschheit beinhaltet, zur Durchsetzung politischer Zielvorstellungen benutzt. Auf die DDR und Ostberlin bezogen bedeutet Friedenspolitik, alles zu tun, was dem SED-Staat nutzt und dem freien Teil Deutschlands schadet. Konkret: rücksichtsloser Einsatz aller Arbeitskräfte zur Steigerung der Produktion, ferner die totale Militarisierung, die selbst vor den Schulen nicht halt macht und die bereits im Kindergarten beginnende Erziehung der Jugend zum Hass gegen den "Klassenfeind". Damit ist vor allem die Bundesrepublik Deutschland gemeint. Dazu gehören auch offen bekundete Sympatien und sogar Unterstützung sogenannter Friedensbewegungen im Westen mit dem Ziel der Zersetzung der dortigen Wehrbereitschaft und Verteidigungskraft.

Westliche Vorstellungen einer Friedenspolitik, die eine gleichmässige Abrüstung in Ost und West anstreben, um militärische Aggressionen zu verhindern und einen

atomaren Vernichtungskrieg unmöglich zu machen, passen nicht in das politische Denkschema der kommunistischen Machthaber.

Das hat zur Folge, dass junge Menschen, die in der Bundesrepublik öffentlich für einen Frieden ohne Waffen demonstrieren, den Beifall der DDR erhalten, und Jugendliche, die im SED-Staat dasselbe tun, ins Gefängnis gesteckt werden. Für die DDR gilt die von der kommunistischen Jugendorganisation FDJ verkündete Parole: "Der Frieden muss bewaffnet sein". Wer pazifistische Ideen öffentlich bekundet und verbreitet, hat schwere Repressalien zu erwarten. Die wachsende Kriegsfurcht in der DDR als Folge der Vorrangigkeit militärischen Denkens und Handelns und die Perversion des Friedensbegriffs durch die SED-Machthaber, haben dazu geführt, dass sich vor allem junge Menschen durch die westlichen Friedensbewegungen inspiriert fühlen und darin ein nachahmenswertes Beispiel erblicken.

So bildeten sich in der DDR fast spontan Friedensgruppen, die selbstständig und voneinander unabhängig für den Frieden warben und pazifistisches Gedankengut

verbreiteten. Es handelt sich hierbei um christlich motivierte jugendliche Idealisten, zum Teil auch um Systemkritiker, die sich auch gegen die vormilitärische Ausbildung und den Wehrkundeunterricht in den Schulen wenden.

Die DDR-Friedensbewegung verfolgt mit ihren Friedensaktionen ausschliesslich ethische Vorstellungen, ohne sie als Vorwand für eigene oder fremde politische Ziele zu benutzen. Somit hat sie sich praktisch unter den Schutz der Kirche gestellt.

Dieses christliche Engagement der jungen Menschen zwang die Kirche in der DDR dazu, bislang vertretene Positionen gegenüber dem atheistischen Staat zu überdenken und der neuen Situation weitgehend Rechnung zu tragen. Als "Kirche im Sozialismus" und auch um des Überlebens willen, hatte sie sich mit den kommunistischen Machthabern arrangiert und sich ganz besonders nach der am 6. März 1978 mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker getroffenen Vereinbarung über den "gleichberechtigten und gleichgeachteten" Christen bemüht, jede Konfrontation mit dem SED-Staat zu vermeiden.

Als sich am 18. August 1976 der Pfarrer **Oskar Brüsewitz** auf dem Marktplatz in Zeit öffentlich selbst verbrannte, um damit gegen die kommunistische Unterdrückung der Glaubensfreiheit und auch gegen das Schweigen der Kirche zu protestieren, war die kirchliche Reaktion darauf eine überwiegend distanzierte.

Im Februar 1982 wurden die DDR-Staatsorgane offen mit der Friedensbewegung konfrontiert, als Jugendliche zum 37. Jahrestag der Zerstörung Dresdens durch anglo-amerikanische Luftangriffe zu einem Friedensschweigemarsch von der Frauenkirche zu den anderen Kirchen der Stadt aufgerufen hatten. Die befürchteten Zwischenfälle konnten jedoch vermieden werden, weil die sächsische Kirchenleitung die grosse Gedenkveranstaltung rasch in ein "Friedensforum" in der Dresdner Kreuzkirche umgewandelt hatte.

Für die Gedenkfeier im Februar 1983 hatte die Staatsmacht in Dresden vorgesorgt. Sie veranstaltete auf dem Platz vor der Frauenkirche eine Friedenskundgebung nach SED-Muster. Die christlichen Jugendgruppen versammelten sich, aufgesplittert in den einzelnen Kirchen, zu Friedensfeiern. Auf einer dieser Gedenkveranstaltungen erklärte der Landesjugendpfarrer **Harald Brettschneider**, dass die Angst vor der Militarisierung in aller Welt, "auch in unserem Lande" zu einem "erstaunlichen Friedensengagement" geführt habe. Schon Tage vor den Feierstunden in Dresdens Kirchen hatte die SED alles versucht, Jugendliche von der Teilnahme daran abzuhalten. So mussten Studenten der technischen Universität Dresdens einen Revers unterschreiben, dass sie nicht an den Friedensfeiern teilnehmen würden.

Seit Anfang 1982 ist es in der DDR verboten, als Symbol der Friedensgesinnung die von der Sowjetunion für die UNO gestiftete Skulptur mit der Darstellung der Umwandlung der Schwerter in Pflugscharen als Abzeichen zu tragen. Bei den Friedensfeiern in Dresden 1982 ging die Polizei scharf gegen Jugendliche vor, die dieses Symbol als Aufnäher an ihrer Kleidung trugen.

Auf der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR im September 1982 wurde die Staatsführung aufgefordert,

mehr Toleranz gegenüber spontanen Friedensaktionen junger Christen zu üben. Gleichzeitig unterstützte die Synode die dringende Empfehlung der Kirchenleitung, um des "Friedens Willen" auf das Tragen des Aufnähers "**Schwerter zu Pflugscharen**" zu verzichten. Auf der Synode beklagte sich ein Jugendlicher darüber, dass aus innerkirchlicher Überängstlichkeit mehr Rücksicht auf die Wünsche des Staates, als auf solche christlicher Jugendlicher genommen würde, die öffentlich Zeugnis für ihre Friedensliebe abgelegt hätten.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass sich namhafte Kirchenführer schützend vor jugendliche Anhänger der Friedensbewegung gestellt haben. Vor der sächsischen Landessynode im September 1982, verteidigte Bischof **Johannes Hempel** ausdrücklich "pazifistische Initiativen" in den Kirchengemeinden. Die Synode kritisierte, dass in der DDR die Vokabel "Pazifist" zum Schimpfwort geworden sei und Schüler durch Zeugnisvermerke, "vertritt pazifistische Gedanken", diffamiert und in ihrem späteren beruflichen Fortkommen behindert würden.

Das bisher schärfste Vorgehen der DDR-Staatsorgane erfolgte am **Heiligen Abend 1982** als junge Christen eine Schweigeminute in der Innenstadt **Jenas** abhalten und sich danach in der Stadtkirche zum Gebet zusammenfinden wollten. Der DDR-Staatssicherheitsdienst reagierte auf diese friedliche Aktion mit Verhaftungen. Durch Vermittlung kirchlicher Stellen ist kürzlich die Freilassung der 17 Inhaftierten erreicht worden, ohne dass in diesem Falle ein Freikauf seitens der Bundesrepublik erfolgte.

Es ist offenkundig, dass der SED-Staat im Lutherjahr offene Konflikte mit der Kirche möglichst vermeiden möchte. Er hat lediglich in mehreren Fällen hohe Kirchenvertreter zu ernst und ermahnen den Gesprächen vorladen lassen.

Aber auch die Kirche befindet sich in einer schwierigen Situation. Einmal steht sie in der Pflicht und Verantwortung gegenüber den Jugendlichen, die sich für den Frieden einsetzen, und zum anderen will sie es nicht zum Bruch mit dem Staat kommen lassen. Der thüringische Landesbischof **Werner Leich** meinte anlässlich der Eislebener Eröffnungsfestlichkeiten für Luthers Geburts-

und Sterbezimmer zum Problem der Zuflucht junger und in ihrer Friedensarbeit aufgestörter Menschen: "Die evangelisch-lutherische Kirche in Thüringen ist sehr intensiv eingebunden in die eigenständige Friedensarbeit, die die Kirchen in der DDR leisten im Zusammenhang mit der Ökumene.- Unsere Gemeinden sind darauf orientiert, wenn einzelne Gruppen von sich aus darüber hinausgehende Aktionen starten, können wir diese nicht nachträglich als von der Kirche initiiert bezeichnen. Es gehört zum Wesen der Kirche, dass wir auch für die Eintreten, die in Bedrängnis sind, auch dann, wenn wir deren Motivationen und Überzeugungen nicht teilen. Das geschieht bei uns aber nicht in der Öffentlichkeit, sondern in direkten Kontakten versuchen wir zu helfen."

Diese Haltung ist in den DDR-Kirchen umstritten. Kann es sich die Evangelische Kirche ausgerechnet in einem Jahr, in dem lutherische Tugenden wie Mut, Streitbarkeit, Unbeugsamkeit und Wortgewalt besonders gelten müssen, verhalten lassen, in der Auseinandersetzung mit der atheistischen Staatsgewalt zurückzuweichen, fragt man sich innerhalb der Kirche. Junge Menschen hatten Mitte Februar im Zusammenhang mit den Vorfällen in Jena in einem Schreiben an die thüringische Kirchenleitung gefragt, ob für sie der Platz im Gefängnis sei, wenn es für sie keinen Platz in der Kirche gebe. Wo beginne die Grenze, von der an das Schweigen zur Mitschuld werde? Rat und auch Hilfe finden junge Menschen in der DDR und Ostberlin, die sich der Friedensaufgabe verschrieben haben, zunehmend bei einzelnen Pfarreien. Dies geschieht in der Stille, wo im Rahmen der Bibelarbeit aktuelle politische Fragen behandelt und dazu auch praktische Lebenshilfe angeboten werden. Der ehemalige Berliner Bischof und frühere Ratsvorsitzende des DDR-Kirchenbundes, **Albrecht Schönherr**, meinte kürzlich bei einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland vor Journalisten, dass man nicht von einer eindeutigen Friedensbewegung in der DDR sprechen könne, die nach einem bestimmten Programm ablaufe. Es verbinde sich mit "solchen Aktionen an der Basis ein gewisser Unmut, der sich etwa in der Forderung nach einem sozialen Friedensdienst oder im Aufkleber "Schwerter zu Pflugscharen" äussert."

Vermischtes:

Seit zehn Jahren ausführender Arm des KGB

Die Verwicklung des bulgarischen Geheimdienstes **Darschawna Sigurnost (DS)** in den Anschlag auf Papst **Johannes Paul II.** im Mai 1981 und in ein geplantes Attentat gegen den polnischen Gewerkschaftsführer **Lech Walesa** anlässlich seines Rom-Besuches wird immer deutlicher. Dies bewog westliche Nachrichtendienste, Einzelheiten über die Struktur des DS bekanntwerden zu lassen. Die Quelle dieser Erkenntnisse sind drei Mitglieder des DS, die sich in den letzten Jahren in westlichen Ländern abgesetzt hatten. Im DS sind insgesamt 700 Offiziere tätig. Rund die Hälfte von ihnen residieren im Ausland. Ihnen unterstehen 9.000 Agenten und doppelt so viele Informateure. Der Dienst gehört zum Innenministerium, dem **Dimitar Stoianow** (54) vor-

steht. Die unmittelbare Leitung der Operationen hat der erste stellvertretende Innenminister **Grigor Schopow** (67).

Der DS ist in sieben Abteilungen gegliedert:

- den Auslandsnachrichtendienst, zuständig für Spionage,
- den Abwehrdienst, der für Dissidenten im Inland und für Emigranten im Ausland zuständig ist,
- den militärischen Abwehrdienst, der schwerpunktmässig die militärische Entwicklung in den Nachbarländern Griechenland, Türkei und Jugoslawien verfolgt,
- die Abteilung für technische Unterstützung, die unter anderem auch die Störsender unterhält, die den Empfang westlicher Radioprogramme in Bulgarien

350 OFFIZIERE DES BULGARISCHEN GEHEIMDIENSTES IM AUSLAND STATIONIERT

- unterbinden soll,
- die Abteilung "Sicherheit und Wachsamkeit", die für den Personenschutz der führenden bulgarischen Politiker verantwortlich ist,
- die Propagandaabteilung, die das Ansehen und den Ruf des Dienstes nach Ausen pflegt,
- die Abteilung für Information und Analyse, die für die Führung des Landes vertrauliches Material aus allen Bereichen aufzuhereitet und zur Verfügung stellt.

Jeder dieser Abteilungen ist ein sowjetischer "Berater" zugeordnet, der unmittelbaren Kontakt mit der zuständigen Direktion im KGB unterhält.

Forts. v. S. 9

Jeder Auslandsreisende muss berichten

Ausser diesen Beratern gibt es einen Stab von ungefähr 30 KGB-Mitarbeitern, die in der Zentrale des Dienstes, in Sofia, die Planung seiner Politik und der einzelnen Operationen leiten.

Die besondere Rolle wurde dem bulgarischen Dienst von den Sowjets anvertraut, nachdem vor zehn Jahren der grosse Spionageskandal in Grossbritannien vom Zaun gebrochen war, in dessen Verlauf 105 KGB-Spione ausgewiesen wurden. Seitdem werden auch die meisten "nassen Operationen", wie im Fachjargon gewaltsame Geheimaktionen genannt werden, den Bulgaren anvertraut.

Der bulgarische Dienst sei auch mit der Leitung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit aller Mitglieiderstaaten des Warschauer Paktes in Griechenland, Jugoslawien, und der Türkei zuständig. Nach Aussage der Überläufer habe der DS in jedem dieser Länder 50 bis 100 Mitarbeiter stationiert. Dieser Überläufer, hat persönlich an der bulgarisch-griechischen Grenze die Kontakte mit anreisenden Agenten gehabt.

Zusätzlich zu den organisierten Formen der geheimdienstlichen Tätigkeiten des DS in nichtkommunistischen Ländern werden, den Berichten zufolge, alle Bulgaren, die ins Ausland reisen, verpflichtet, über jede Person, mit der sie Kontakt hatten, zu berichten, jede nur mögliche Information in gedruckter Form, sogar weniger bekannte Publikationen mitzubringen. Eine besondere Aufmerksamkeit sollen die Auslandsreisenden den Schwächen ihrer Gesprächspartner widmen, wie Alkoholgenuss, Frauen, usw. Auch bei Bulgaren, die im Westen leben versuchen die DS-Leute in gleicher Art Informationen zu bekommen.

Vorrang bei diesen Beobachtungen haben bulgarische Dissidenten und Überläufer. Die Fragen, die in Bezug auf diesen Personenkreis gestellt werden, zielen oft auf eine unmittelbare Vorbereitung von Anschlägen oder Entführungen.

ERHEBLICHE STEIGERUNG DER SOWJETISCHEN GOLDPRODUKTION ZU ERWARTEN

Die Goldproduktion der Sowjetunion, die 1981 346 Tonnen erreicht hat, könnte bis Ende des Jahrzehnts auf 459 Tonnen steigen und dann die zur Zeit sinkende südafrikanische Produktion überholen. Dies geht aus einer Studie des Oxford-Professors Michael Kaser hervor, die er kürzlich einer Wirtschaftstagung der Nato in Brüssel vorlegte.

Die südafrikanische Goldproduktion ist von ihrer Spitzenleistung rund 1.000 Tonnen im Jahre 1970 auf 658 Tonnen in 1981 zurückgefallen. Die Goldgruben im Lande arbeiten angesichts des internationalen Goldpreises sogar unwirtschaftlich. Die Sowjetunion unternimmt hingegen in neuen Fundgebieten wie Usbekistan und Armenien grosse Anstrengungen, um die Produktion zu steigern.

Unter der Voraussetzung, dass die Sowjets ihren Eigenbedarf und den der anderen RGW-Staaten von 62 Tonnen 1981 mit 70 Tonnen auch noch 1990 decken kann, werden 1990 voraussichtlich 389 Tonnen Gold zum Export zur Verfügung stehen. Gerechnet mit einem Durchschnittspreis von 500 US-Dollar (1.200 DM) würde dies einen Exporterlös von sechs Milliarden Dollar (14,4 Milliarden DM) ergeben, gegenüber 2,7 Milliarden Dollar (6,48 Milliarden DM) in 1981, wie der amerikanische Geheimdienst CIA ermittelt hat.

Die CIA-Produktionszahlen stimmen mit denen der Studie nicht überein. Während Kaser die Steigerung mit 264 Tonnen im Jahre 1970 auf 346 Tonnen 1981 angibt, spricht die CIA von 218 und 327 Tonnen.

Kaser behauptet, seine Angaben bezögen sich auf "bekannte Entwicklungsprojekte in bestimmten Goldfeldern und voraussehbare Schwerpunktverschiebungen im Produktionsbereich gemäss den angefallenden Wirtschaftskriterien". Darauf gründe sich auch seine Voraussage über das Verhältnis südafrikanischer zur sowjetischen Produktion.

Eine der Umstände, die bei der Goldproduktion eine Rolle spielen werden, ist die Tatsache, dass nach 1985, wenn die Erdgasleitung fertiggestellt sein soll, ein grosser Maschinenpark für harte klimatische Verhältnisse sowie beträchtliche Arbeitskräfte mit Erfahrung in sibirischen Frostgebieten frei werden. Sie können neue Gruben in schon erkannte Goldfelder im Norden erschliessen.

Baltikum:

LITAUISCHE BISCHÖFE IN ROM

Erstmals seit sowjetischer Annektion vor über 40 Jahren erlaubt

Vier katholische Bischöfe aus Litauen trafen in Rom zu dem pflichtgemässen Besuch "Ad Limina" ein. Es ist das erste Mal, dass die Sowjets den Oberhirten der aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes annektierten baltischen Republik diese Reise erlaubt haben. Sie ist für alle Bischöfe jedes fünfte Jahr eine Pflicht.

Litauen ist zu 80 Prozent katholisch, die anderen beiden baltischen Republiken, Lettland und Estland, die sich Moskau ebenfalls 1940 einverleibt hat, sind mehrheitlich protestantisch bewohnt.

Der Rom-Besuch der litauischen Bischöfe wurde von der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass kommentarlos gemeldet. Der Vatikan schwieg sich über die bedeutende Reise sogar völlig aus. Eine gewisse Annäherung zwischen Vatikan und Moskau zeichnete sich schon im Januar ab, als Moskau dem neuernannten lettischen Kardinal Julijans Vaivods gestattet, nach Rom zum Empfang seines Purpurnes zu reisen.

Die vier Bischöfe, die nach Rom reisen durften, sind Liudas Povilonis, Bischof von Kaunas, Romualdas Kriksciunas von Panevezys, Vincentas Sladkevicius von Kalsiadoris und Antanas Vaicius von Telsiai und Klaipeda. Auch der Kanonikus Algis Gutasukas, der stellvertretend das Bistum Vilnius leitet, ist mit in der Delegation.

Das anerkannte Oberhaupt der litauischen Katholiken, Bischof Julijonas Steponavicius Apostolischer Administrator von Vilnius durfte nicht mitreisen. Seit 22 Jahren ist er aus seiner Erzdiözese verbannt und mit Zwängsaufenthalt in einem Dorf belegt.

In Kreisen, die dem Vatikan nahestehen wird die Meinung geäussert, Bischof Steponavicius sei der Kardinal, den der Papst 1979 "in pectore" ernannt hatte

OST
NACHRICHTEN

Impressum
Herausgeber, Eigentümer und Verleger:
Forschungsinstitut für Sowjetische Gegenwart e.V.
Lucille Grahn Str. 41, D-8000 München

Redaktion und Versand:
Hadikgasse 22/1/4, A-1140 Wien
Tel.: 82 67 779

Chefredakteur: Algis Klimaitis
Länderredaktionen:
Baltikum: Algis Klimaitis, Bulgarien:
Stefan Tabakoff, DDR: Veronika Bodoki,
International: Hubert Huber, Polen: Prof.
Dr. Andrzej Zieba, Tschechoslowakei:
Frantisek Vanecek, Sowjetunion: Dr. Lev
Rudkevich.

Nachrichtendienst:
WONA, Berlin; GZW, Zürich.

P.b.b.
Verlagspostamt 1140 Wien/Erscheinungsort Wien